

# Volks-Zeitung

Chefredakteur: Otto Kufelke, Berlin-Zentral

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Roffe, Berlin

Einheitsbrot	0.50	Reichsindex	150.0
Fluch	0.29	Strassenbahn	0.15
Pricket's frei Haus	1.63	Hochb. Thür II. 0.25	III. 0.15
Wasserkoks	2.52	ganzes Str. II. 0.50	III. 0.20
Strom & Grundsch.	0.16	Siedeb. u. II. 0.25	III. 0.15
Gas 0.16	Wasser	0.17	Omnib. Teil 0.15 g. Str. 0.20

Zufuhr in Gemüse gut, in Obst ausreichend	Preise: Kohlraben gestiegen
Kopfsalat 0.20-0.25 d. Kopf, Spinaat 0.10-0.15 d. Pfd., Kohlrab. jung. 0.60-0.70 d. Mdl., Radieschen 0.10-0.15 d. Bund, Mohrrüben, neue 0.90-0.75 d. Bund, Blumenkohl	0.20-1.20 d. Kopf, Weisskohl 0.20 bis 0.35, Wirsingkohl 0.25-0.30, Borstkohl 0.20-0.25, Pferdefleisch 0.40-0.55, Spargel 0.50-1.20 das Pfund, Kartoffeln pro 10 Pfund 0.25-0.30

Tel. 0.15, ausw. a. Zon u. Zeit. Telegramm d. Wort Berlin 0.08  
 Rob. Post 0.26, Brief 0.40, Dtschl. Beig. Dts. Post-Lit.  
 Post 0.50, F. u. Ost. 0.50, Ndr. Schweiz 0.10, Frankr. 0.10  
 Aust. 0.15, Tschech. u. Ung. 0.10, Dtschloster, Norw. Tschech. 17  
 Brief 0.05, Pers. u. Ost. 0.13, Ital. 19, Unpar. 21, Grossbr. 27  
 Aust. 0.25, Tschech. u. Ung. 0.25, Russ. 35-4, Vor. Staat. 12-205

## Zuspitzung der Flagggenkrise



Im Kampf gegen den Generalstreik  
Londoner Polizisten bewachen das Lebensmittellager im Hyde-Park

Keystone



Konrad Haenisch zum Gedächtnis  
Auf dem Begräbnis in Wiesbaden wurde ein Gedenkstein für den republikanischen Vorkämpfer und Führer des Republikanischen Reichsbundes eingeweiht

Atlanta



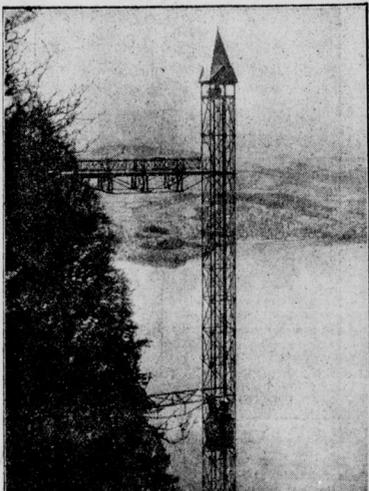
Ausgerechnet tuno:  
Der Inflationskanzler hielt bei einer Dampfbesichtigung mit dem Reichspräsidenten in Hamburg eine Rede, in der er die „staatszerhaltenden Kräfte“ in Empfehlung brachte

Deutsche Press-Photo



Bergsport auf zweierlei Art  
Eine schwierige Kletterpartie im bayerischen Hochgebirge

Grieco



Ein bequemer Fahrstuhl auf den Bürgenstock bei Luzern

### Vertriebt sich Luther hinter Hindenburg?

Er will abwarten — Ergebnislose Kabinettsitzung  
 Das Reichskabinett trat heute vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Luther zusammen. An der Sitzung nahmen sämtliche Minister teil. Auch Staatssekretär Dr. Meißner war bei den Beratungen des Reichskabinetts zugegen. Das Kabinett beschäftigte sich mit der Lage, die durch den Einspruch der Demokraten und des Zentrums gegen die geplante Flagggenverordnung geschaffen ist.

Dem Reichskabinett scheint die Haltung eines Teiles der Regierungsparteien überraschend gekommen zu sein, und man ist in den Kreisen der Reichsregierung über diese parlamentarischen Schritte auf das äußerste befürzt. Auch die einmütige Haltung der republikanischen Kreise, die heute morgen die Flagggenverordnung der Reichsregierung als eine Unmöglichkeit bezeichnet, hat bei dem Reichskabinett einen tiefen Eindruck gemacht. Es muß aber weiter festgestellt werden, daß damit noch lange nicht gesagt ist, daß das Reichskabinett nun in Verfolg dieser Schritte der Parteien seine Verordnung zurückzieht. Beschlüsse darüber sind in der heutigen Sitzung, die bis 12 Uhr mittags dauerte, nicht gefaßt worden; vielmehr wurde zunächst der Reichspräsident über die Beratungen im Kabinett durch Staatssekretär Dr. Meißner sofort unterrichtet. Der Reichskanzler wartet zunächst den Eindruck, den die gefaßten Schritte der Demokraten und des Zentrums auf den Reichspräsidenten machen, ab! Sodann will der Reichskanzler heute nachmittag um 1/2 3 Uhr mit den Vertretern der Regierungsparteien die Fühlung aufnehmen, um mit ihnen gemeinsam den Versuch zu machen, „einen Weg aus dieser ersten Situation“ zu finden. Jedemfalls ist sich das Reichskabinett jetzt darüber klar, daß durch den Schritt des Reichspräsidenten und des Kanzlers eine Lage geschaffen ist, die nicht ernst genug angesehen werden kann.

In parlamentarischen Kreisen beurteilt man die Lage außerordentlich ernst. Man erklärt in Kreisen des Reichstags und besonders in den Kreisen der republikanischen Parteien, daß eine Regierungskrisis nicht zu vermeiden ist, falls die Verordnung wirklich erlassen sollte. Auf der anderen Seite gibt man sich keinen allzu großen Hoffnungen hin, daß die Verordnung in der Verlesung verschwinden wird, nachdem die Dinge soweit bereits geblieben sind. Es ist also auf alle Fälle ein schwerer Krisenzustand geschaffen, der sehr bald akut werden kann. Für heute abend nach der Plenarsitzung des Reichstags haben jetzt lediglich die Fraktionen der Demokraten und der Sozialdemokraten Sitzungen einberufen, um sich mit der Lage zu befassen.

Wie wir vor Schluß des Blattes noch erfahren, beabsichtigt der Reichspräsident, die Führer der Regierungsparteien im Hinblick auf die Besprechung zwischen Regierungsparteien und Regierung, die Reichskanzler Dr. Luther auf nachmittags 1/2 3 Uhr berufen hat, zu sich zu bitten. Es verlaute, daß der Reichspräsident nicht gewillt ist, auch nur vorläufig die von ihm beabsichtigte Verordnung über die Flagggenfrage zurückzuhalten. Nachmittags um 6 Uhr wird das Reichskabinett erneut zusammentreten, um dann weitere Beschlüsse zu fassen.

Der Reichskanzler stand in der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft selbst in den Kreisen, die politisch andere Wege gingen, wenigstens in dem Ruf, ein Mann von Energie zu sein. Das jöhnte manchen wenigstens teilweise aus mit Luthers notorischer politischer Grundlosigkeit und mit seiner eingeleiteten Rechtsneigung. Auch diesen Vorzug scheint der jetzige Reichskanzler allmählich eingebüßt zu haben. Energielos hat er die Fäden der Regierung in der Abfindungsfrage am Boden schleifen lassen, hat viel zu spät und dann mit stummerlicher Unflexibilität eingegriffen. Aber noch er sich jetzt leistet — und mit ihm das ganze Kabinett! — das geht doch über die Furcht. Erst durch eine Verordnung eine Frage des nationalen Prestiges lösen zu wollen, ohne auf den Gedanken zu kommen, daß er damit die ungeheure Erregung in unser Volk wirkt, dann, nachdem der Gang der Dinge ihm Unrecht gegeben hat, die Hände in den Schoß zu legen und die Verantwortung dem alten Reichspräsidenten zuzuschreiben, das ist unerträglich.

Es verlaute, daß der Reichspräsident, von dem Plan der Verordnung nicht ablassen will. Es erwidert ausgeschlossen, daß Hindenburg, der bisher eine lokale Auffassung seiner Pflichten gezeigt hat, von sich aus auf diese Verordnung sich verweisen sollte. Wenn Herr Luther dem Reichspräsidenten, wie es seine Pflicht wäre, den Ernst der Erregung in den weitesten Volksteilen und das Gelächter des Auslandes schädem würde, dann wäre der Reichspräsident vielleicht in der Lage, auf seinem jetzigen Standpunkt zu verharren.



